

# 1. Ordentlicher Frauenrat 2005

18./19. Juni 2005, Berlin

## Beschluss

### Oft kopiert und nie erreicht: die grüne Frauenpolitik

Die Grünen sind die Partei der Frauenpolitik. Und das werden wir in diesem Wahlkampf auch deutlich machen. Unsere Frauen und Männer aus dem Spitzenteam und die 16 Spitzenkandidatinnen aus den Ländern zeigen, gemeinsam mit Joschka Fischer, dass wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Partei der vielen starken Frauen und der erfolgreichen Frauenpolitik sind.

Die Union hat eine Kanzlerkandidatin, aber eine rückwärtsgewandte Frauenpolitik. Die Partei, in der wirklich Politik mit und für Frauen gemacht wird, sind wir.

Wir haben heute ein deutlich höheres Maß an Gleichberechtigung in Politik, Beruf und Gesellschaft als 1998. Wir haben es geschafft, dass eine Bundesregierung und eine Parlamentsmehrheit ernsthaft an der Verwirklichung des Gleichstellungsgedankens arbeiten. Seit 1998 sitzen in der Regierung und im Bundestag mehr Frauen als jemals zuvor in der deutschen Geschichte. Dies ist vor allem auf die Grünen zurückzuführen.

#### Unsere Bilanz dazu kann sich durchaus sehen lassen:

Wir sind angetreten, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt zu machen und feministische Grundsätze in die Politik zu bringen. Wir sind den Muff der Vorgängerregierung losgeworden und haben die Modernisierung auch bei den Geschlechterverhältnissen angepackt.

- Wir haben den Schutz vor Gewalt mit dem **Gewaltschutzgesetz** deutlich verbessert: Mit dem neuen Grundsatz „wer schlägt, der geht“, können sich Frauen nun besser gegen Gewalt wehren und die Praxis zeigt, sie nutzen das Gesetz.
- Das **eigenständige Aufenthaltsrecht** für ausländische EhepartnerInnen kam insbesondere den Frauen zu Gute. Werden sie geschlagen oder gequält gibt es ein Aufenthaltsrecht ohne die sonst

geltende Wartezeit von zwei Jahren.

- Die **Anerkennung der geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Verfolgung** als Asylgrund sorgt dafür, dass Mädchen und Frauen, die in ihrer Heimat von Genitalverstümmelung bedroht sind, einen Abschiebeschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention erfahren.
- Mit dem **Prostitutionsgesetz** haben wir endlich die Doppelmoral rund um den Verkauf sexueller Dienstleistungen abgeschafft. Prostituierten haben wir so den Zugang zur Sozialversicherung ermöglicht.
- Aus Erziehungsurlaub wurde **Elternzeit**, mit deutlich verbesserten Bedingungen. Eltern können diesen Zeitraum nun wesentlich flexibler gestalten, was u.a. auch zu einem Anstieg der Väter in Elternzeit geführt hat.
- Auch im Bereich von Arbeit und Beschäftigung gab es deutliche Fortschritte. Das **Teilzeitgesetz** ließ viele den Wunsch nach Verkürzung ihrer Arbeitszeiten realisieren.
- Das **Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst** legte die Basis für den stetigen Anstieg von Frauen in Führungspositionen, brachte Gleichstellungspläne und –beauftragte. Diese Bestimmungen wurden in dieser Legislatur auf die **Bundeswehr** ausgedehnt.
- Wir waren es, die Anfang dieses Jahres die Definition für **Menschenhandel** verschärft haben, so dass darunter nicht nur der Handel in die Prostitution sondern auch derjenige in Zwangsarbeit und Zwangsheirat erfasst wird. Mit der im Februar 2005 in Kraft getretenen Strafrechtsänderung im Bereich des Menschenhandels haben wir den strafrechtlichen Schutz der Opfer von Menschenhandel verbessert und die Strafverfolgung erleichtert.
- Und auch den frauenpolitisch bedeutsamen Bereich der **Familienpolitik** haben wir endlich an der neuen Realität orientiert, das Angebot der öffentlichen **Kinderbetreuung** wird verbessert und ausgebaut und **frühkindliche Bildung** ernst genommen.
- Mit dem **Antidiskriminierungsgesetz** haben wir den Grundstein für einen wirksamen Diskriminierungsschutz auch für Frauen und Lesben im Arbeits- und Zivilrecht gelegt.
- Das **Gesetz für die eingetragenen Lebenspartnerschaften** und die Möglichkeit einer Stiefkindadoption gibt Lesben Rechtssicherheit bei der gemeinsamen Betreuung von Kindern.

Wir sind uns aber auch bewusst, dass wir einige Forderungen nicht durchsetzen konnten. Die Neuorientierung bei einem derart grundlegenden Prinzip wie der Rollenverteilung der Geschlechter trifft auf Widerstände. Daher ist die Entwicklung nicht stringent in eine Richtung, sie ist von Fortschritten und eben auch von Rückschlägen geprägt, von Ungleichzeitigkeiten und Widersprüchlichkeiten.

## **So bleibt uns auch für die kommende Legislatur jede Menge frauenpolitische Arbeit.**

Wir stehen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Lage sind eigenständig ihren Lebensentwurf zu verwirklichen. Darin wollen wir sie unterstützen. Gesetzliche Regelungen müssen gesellschaftliche Veränderungen flankieren.

Die **eigenständige Existenzsicherung** von Frauen ist unser Anliegen in allen Politikfeldern. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, es allen Frauen zu ermöglichen mit eigenständigen Ansprüchen ihren Lebensentwurf zu verwirklichen.

Dies gilt für den **Bereich von Wirtschaft und Arbeit**, in dem wir uns weiterhin für eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote einsetzen. Durch die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse entstehen nachweislich neue Arbeitsplätze. Es ist ökonomisch unsinnig, hochqualifizierten Frauen Hindernisse in ihren beruflichen Werdegang zu legen. Das Ehegattensplitting und die Steuer

klasse 5 wirken sich negativ auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen aus und sind schon lange nicht mehr zeitgemäß. Sie gehören deshalb abgeschafft.

Auch bei den Arbeitsmarktreformen ist eine Korrektur in diese Richtung dringend erforderlich. Wir wollen die Entkoppelung des Hilfebezugs vom Partnereinkommen und ein Recht auf aktive Arbeitsmarktförderung für BerufsrückkehrerInnen.

Die Wirtschaft ist in der Pflicht Frauen die gleichen Chancen einzuräumen. Diesen Prozess müssen wir auch mit gesetzlichen Regelungen, wie z.B. der Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe an Maßnahmen zur Gleichstellung knüpfen.

Im Bereich **Gesundheit und Soziales** sehen wir unsere Aufgabe darin, die Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme so zu gestalten, dass eine Absicherung auch mit Lücken im beruflichen Lebenslauf und niedrigem Einkommen gewährleistet bleibt. Ein Wechsel zwischen Phasen von Ausbildung, Erwerbstätigkeit, lebenslangem Lernen und Familie muss möglich und sozial abgesichert sein. Wir wollen eine Bürgerversicherung, die auf die eigenständige Absicherung von Frauen zugeschnitten ist.

Eine große frauenpolitische Aufgabe sehen wir auch im Bereich der Pflege. Wir sind uns bewusst: nur Konzepte, die die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Pflege nicht einseitig zu Lasten der Frauen lösen, sind wirklich zukunftsfest.

Bei der **Familienpolitik** setzen wir auf den Ausbau flexibler und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung. Frühkindliche Bildung und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergänzen sich.

Wir wissen, Familien brauchen eine flächendeckende Infrastruktur und mehr verlässliche Angebote. Sonst besteht die Gefahr, dass eine ausschließlich finanzielle Förderung (wie das konservative Familiengeld) zu diskontinuierlichen Berufsverläufen führt und der Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt entgegensteht.

Um aber wirklich gesellschaftlich weiterzukommen, muss sich vor allem das Rollenbild und –verhalten der Väter ändern: Vom Familienernährer zum Erziehungsberechtigten, der seinen Teil der Verantwortung übernimmt.

Um Mädchen und Jungen die gleichen Chancen in der Ausbildung und im Berufsleben zu geben, setzen wir u.a. auf eine Reform der LehrerInnen- und ErzieherInnenausbildung. Wir wollen **Genderkompetenz** als verpflichtenden Baustein für die Aus- bzw. Fortbildung durchsetzen.

Bildung ist für uns ein wichtiger Baustein für **Integration**. Sie ist die Voraussetzung für gleiche Zugangschancen für Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund. Wir setzen auf Sprachförderung für Kinder bereits im Kindergarten.

Nur wer sich integriert fühlt, fühlt sich stark, kann Rechte wahrnehmen und selbstbewusst für sich und andere eintreten. Gleichberechtigung ist dabei für uns ein Grundwert, der von Menschen aller Kulturen akzeptiert werden muss.

Bei der Bekämpfung von Frauenhandel/ Menschenhandel und Zwangsheirat ist ein **besserer Opferschutz** unverzichtbar. Darum werden wir uns weiter unermüdlich kümmern.

Frauenrechte weltweit zu stärken ist und bleibt die Prämisse unserer **Außenpolitik**, sei es in der Entwicklungszusammenarbeit, bei Hilfen zum Wiederaufbau oder in der Konfliktprävention. Die Integration der Genderperspektive ist zum wesentlichen Bestandteil grüner Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik geworden. Wir setzen uns nachdrücklich für die Anwendung der UN-Resolution 1325 „Frauen - Frieden - Sicherheit“ ein.

**Wir haben also viel vor** und unterschätzen nicht, welche grundlegende gesellschaftliche Veränderung sich durch Veränderungen der Rollenverteilung ergeben und welche grundlegende Umverteilung von Ressourcen wir mit unseren Vorhaben in Angriff nehmen. Dazu brauchen wir auch Männer, die diesen Weg konsequent mitgehen. Bisher ist diese Bereitschaft aber gering - noch stößt jede Neu- oder Umorientierung auf Widerstände.

Wir wissen, dass es konkreter Unterstützung für den Wert „Gleichberechtigung“ bedarf. Solange die Ausgangsvoraussetzungen für Frauen und Männer unterschiedlich sind, solange ist die rechtliche Gleichstellung allein nicht ausreichend. Der von uns eingeleitete Prozess der Gleichstellung ist nicht so unumkehrbar, wie wir uns das wünschen. Die Regierungswechsel in Schleswig-Holstein und NRW haben das eindrücklich gezeigt.

Der Union fehlt - ebenso wie der FDP - eine breite weibliche Basis – sowohl personell wie auch programmatisch. Dagegen können und werden wir punkten.

Es gibt viele Gründe für eine starke grüne Frauenpolitik. Dies werden wir auch in dem bevorstehenden Wahlkampf deutlich machen. Wir werden einen Wahlkampf mit einem deutlichen frauenpolitischen Schwerpunkt führen. Wir werden unsere Vorstellungen von Geschlechtergerechtigkeit in Veranstaltungen mit den Frauen und Männern unseres Spitzenteams und mit den Spitzenkandidatinnen der Länder sichtbar werden lassen. Wir werden Materialien erstellen, die unsere frauenpolitischen Inhalte aufzeigen. Wir werden den Menschen zeigen, dass grüne Frauenpolitik alle Bereiche und alle Frauen im Blick hat.